

Vorlage

an den Haushalts- und Finanzausschuss



Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2019 (Haushaltsgesetz 2019)

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksachen 17/3300
Drucksache 17/4100

**Einzelplan 10 - Ministerium für Umwelt, Landwirtschaft,
Natur- und Verbraucherschutz (MULNV)**

Bericht über das Ergebnis der Beratungen des

Ausschusses für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz

Beschlussempfehlung

Der Einzelplan 10 wird in der vom Ausschuss geänderten Fassung angenommen.

Bericht

A Allgemeines

Der Gesetzentwurf der Landesregierung über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2019 (Haushaltsgesetz 2019), Drucksache 16/3300, wurde vom Plenum nach der 1. Lesung am 19. September 2018 an den Haushalts- und Finanzausschuss - federführend - sowie an die zuständigen Fachausschüsse mit der Maßgabe, dass die Beratung des Personalhaushalts einschließlich aller personalrelevanten Ansätze im Haushalts- und Finanzausschuss unter Beteiligung seines Unterausschusses "Personal" erfolgt, überwiesen.

B Beratungen

Der in den Zuständigkeitsbereich des Ausschuss für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz fallende Einzelplan 10 wurde in der Sitzung des Ausschusses am 12. November 2018 abschließend beraten. Die Vorlagen 17/1115 und 17/1260 flossen in die Beratungen mit ein.

C Anträge der Fraktionen

Die aus den Anlagen ersichtlichen zwölf Änderungsanträge der Fraktionen zum Einzelplan 10 wurden in der Sitzung am 12. November 2018 zur Beratung aufgerufen und zur Abstimmung gestellt. Zu den Begründungen der antragstellenden Fraktion sowie den Abstimmungsergebnissen wird auf die Anlagen verwiesen.

D Gesamtabstimmung

Der Einzelplan 10 wurde mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und AfD in der vom Ausschuss geänderten Fassung angenommen.

Dr. Patricia Peill
- Vorsitzende -

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 10
zum Haushaltsgesetz 2019**

Sachhaushalt

Anlage zu Vorlage 17/xxx

Ifd. Nr. des An- trags	Antrag der Frak- tion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
1	GRÜNE	<p>Kapitel 10 030 Agrarwirtschaft, Forstwirtschaft, Naturschutz und Landschaftspflege</p> <p>Titelgruppen (neu) Auferlegung Insektenschutzprogramm</p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <p style="text-align: center;">2019 Ansatz lt. HH 2018</p> <p>von 0 Euro</p> <p>um 2 500 000 Euro</p> <p>auf 2 500 000 Euro 0 Euro</p> <p>Begründung: Der Rückgang der Insektenpopulationen nimmt dramatische Entwicklun- gen an. Daher gilt es ein umfassendes Insektenschutzprogramm zu ent- wickeln, um kurzfristig wirksame Sofortmaßnahmen zum Schutz von In- sekten zu ergreifen. Bestehende Schutzmaßnahmen sind zu evaluieren, auszubauen und ggf. neu zu gestalten. Deckung durch Antrag zu Titel 683 00 522 (Sonderprogramm Obstbau-Betrieb).</p>	<p>abgelehnt</p> <p>CDU nein</p> <p>SPD nein</p> <p>FDP nein</p> <p>GRÜNE ja</p> <p>AFD nein</p>

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 10
zum Haushaltsgesetz 2019**

Sachhaushalt

Anlage zu Vorlage 17/xxx

Ifd. Nr. des An- trags	Antrag der Frak- tion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
3	GRÜNE	<p>Kapitel 10 030</p> <p>Titel 683 00 522</p> <p style="text-align: center;">Agrarwirtschaft, Fortwirtschaft, Naturschutz und Landwirtschaft</p> <p style="text-align: center;">Zuwendungen an Obstbau-Betriebe zur Deckung von Umsatzeinbußen bei der Ernte von Kern-, Stein- und Beerenobst</p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <p>2019</p> <p>von 3 000.000 Euro</p> <p>um 2 500.000 Euro</p> <p>auf 500.000 Euro</p> <p style="text-align: right;">Ansatz lt. HH 2018</p> <p style="text-align: right;">2.000. 000 Euro</p> <p>Begründung: Das Programm ist zur Deckung von Ernteaussfällen eingerichtet und aufgrund der schlechten Ernte in 2017 aufgestockt worden. Das Jahr 2018 war ein sehr gutes für die Obstbaubetriebe, daher werden die Mittel in diesem Jahr nicht benötigt und können anderweitig eingesetzt werden. Deckung mit Antrag zur Auferlegung eines Insektenschutzprogramm (Titelgruppe neu).</p>	<p>abgelehnt</p> <p>CDU nein</p> <p>SPD nein</p> <p>FDP nein</p> <p>GRÜNE ja</p> <p>AFD nein</p>

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 10
zum Haushaltsgesetz 2019
Sachhaushalt**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																														
5	SPD	<p>Kapitel 10 030 Allgemeine Bewilligungen Titelgruppe 63 Kleingartenwesen Titel 686 65 Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland</p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 10%;"></td> <td style="width: 20%;">2019</td> <td style="width: 20%;"></td> <td style="width: 20%;"></td> <td style="width: 20%; text-align: right;">2018</td> </tr> <tr> <td>von</td> <td>550.000</td> <td>Euro</td> <td></td> <td style="text-align: right;">600.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td>50.000</td> <td>Euro</td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td>600.000</td> <td>Euro</td> <td></td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung: Die Arbeit der Landesverbände stellt einen wichtigen Beitrag zur Entwicklung und Erhaltung des Freizeitgartenbaus dar. Die Kleingartenverbände tragen mit ihrer Arbeit zum sozialen Zusammenhalt und zu einer nachhaltigen Entwicklung bei.</p>		2019			2018	von	550.000	Euro		600.000 Euro	um	50.000	Euro			auf	600.000	Euro			<p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 60%;">CDU</td> <td style="width: 40%;">nein</td> </tr> <tr> <td>SPD</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>AfD</td> <td>Enth.</td> </tr> </table>	CDU	nein	SPD	ja	FDP	nein	GRÜNE	ja	AfD	Enth.
	2019			2018																													
von	550.000	Euro		600.000 Euro																													
um	50.000	Euro																															
auf	600.000	Euro																															
CDU	nein																																
SPD	ja																																
FDP	nein																																
GRÜNE	ja																																
AfD	Enth.																																

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 10
zum Haushaltsgesetz 2019**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des An- trags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstim- mungsergebnis																						
7	CDU FDP	<p>Kapitel 10 030 Agrarwirtschaft, Forstwirtschaft, Naturschutz und Land- wirtschaftspflege Titelgruppe 67 Titel 683 67 Zuschüsse (an private Unternehmen)</p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 20%;">2019</td> <td style="width: 40%;"></td> <td style="width: 40%; text-align: right;">Ansatz lt. HH 2018</td> </tr> <tr> <td>von</td> <td>1.442.100 Euro</td> <td style="text-align: right;">1.442.100 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td>500.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td>1.942.100 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Erläuterungen: Zu 1. Agrarwirtschaftlicher Wasser- und Bodenschutz Seit über 25 Jahren wird über sog. Gewässerkooperationen versucht, durch eine verbesserte Anbauberatung und Düngeplanung diesen Wert zu senken, um dem Verbraucher und Bürger das kostbare Lebensmittel Wasser in bester Qualität und zu günstigen Preisen zur Verfügung zu stellen. Im Rahmen der Gewässerkooperation nehmen unter dem Dach der Landwirtschaftskammer Wasserschutzberater die Beratungsaufgabe wahr. Im Titel 671 70 des Kapitels 10 050 im EP 10 sind 2,38 Mio. € für diese Beratungsaufgabe veranschlagt, zusätzlich zu den 3 Mio. € im Kapitel 10 170 Titel 671 11. Um die Landwirte bei der Umsetzung der gewässerschonenden Maßnahmen zu unterstützen, werden z. B. zum Zwischenfruchtanbau Prämien je ha direkt an die in den Wasserschutzzonen wirtschaftenden Betriebe ausgezahlt. Die Prämien werden mittels des eigentlich an das Land NRW abzuführenden Wasserentnahmeentgelts von 5 Eurocent pro m³ finanziert.</p>	2019		Ansatz lt. HH 2018	von	1.442.100 Euro	1.442.100 Euro	um	500.000 Euro		auf	1.942.100 Euro		<p>angenommen</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">CDU</td> <td style="width: 50%; text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>SPD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">Enth.</td> </tr> <tr> <td>AfD</td> <td style="text-align: right;">Enth.</td> </tr> </table>	CDU	ja	SPD	nein	FDP	ja	GRÜNE	Enth.	AfD	Enth.
2019		Ansatz lt. HH 2018																							
von	1.442.100 Euro	1.442.100 Euro																							
um	500.000 Euro																								
auf	1.942.100 Euro																								
CDU	ja																								
SPD	nein																								
FDP	ja																								
GRÜNE	Enth.																								
AfD	Enth.																								

		<p>Neben der personalintensiven Düngeberatung kann die ordnungsgemäße organische Düngung durch Technik, wie sie Durchflussmessgeräte am Güllefass und N-Sensoren für die Chlorophyllmessung darstellen, unterstützt werden. Diese sind z. T. bei flächenstarken Betrieben im Einsatz.</p> <p>Um einer möglichst großen Zahl von auch kleineren und mittleren Betrieben diese Anwendung zu ermöglichen, sollen kleine kommunale Wasserversorger, die ihr Wasser in einem flächenmäßig großen Wassereinzugsgebiet u. U. aus Flachbrunnen gewinnen und deren Rohwasser den Nitratgehalt von 50 mg/l deutlich überschreitet, die Technik bereitgestellt bekommen.</p> <p>Das Ministerium möge die Mittel an Bewerber unter den kleinen Wasserwerken ausschreiben und an verschiedene Kriterien knüpfen.</p> <ul style="list-style-type: none">• Laufende Wasserkooperation• Kleiner Betrieb (mit weniger als 2 Mio. m³ Wasserförderung = 100.000 € Wasserentnahmeentgelt)• Überproportionale Förderung aus Flachbrunnen• Bestehende Überschreitung des 50 mg /l Nitrat-Grenzwertes	
--	--	--	--

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 10
zum Haushaltsgesetz 2019**

Sachhaushalt

Anlage zu Vorlage 17/xxx

Ifd. Nr. des An- trags	Antrag der Frak- tion/en	Antrag		Abstimmungsergebnis	
8	GRÜNE	<p>Kapitel 10 030</p> <p>Titelgruppe 76</p> <p>Titel 683 76 531</p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <p>2019 von 2 900.000 Euro um 1 000.000 Euro auf 1 900.000 Euro</p> <p>Begründung: Der im Haushaltsplan angesetzte Zuschuss zur direkten Förderung der Beförderung und Vermarktung ergibt sich aus der Beendigung der kooperativen Holzvermarktung. Ein Zuschuss von 1.000.000 EUR gegenüber 2018 ist ausreichend. Deckung des Antrages zum Titel (686 77 332) Erhöhung Bildung für Nachhaltige Entwicklung.</p>	<p>Agrarwirtschaft, Fortwirtschaft, Naturschutz und Landwirtschaft</p> <p>Holzabsatzförderung</p> <p>Zuschüsse (an private Unternehmen)</p> <p style="text-align: right;">Ansatz lt. HH 2018</p> <p style="text-align: right;">900.000 Euro</p>	<p>abgelehnt</p> <p>CDU nein SPD nein FDP nein GRÜNE ja AFD nein</p>	

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 10
zum Haushaltsgesetz 2019
Sachhaushalt**

Ifd. Nr. des An- trags	Antrag der Fraktion	Antrag	Abstimmungsergebnis																						
9	SPD	<p>Kapitel 10 050 Wasserwirtschaft, Kreislaufwirtschaft und Bodenschutz</p> <p>Titel 537 13 Untersuchungen, Versuche und Vorplanungen</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td></td> <td style="text-align: center;">2019</td> <td style="text-align: center;">2018</td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">570.000 Euro</td> <td style="text-align: right;">570.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">100.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">670.000 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung: Die Vermüllung (Littering) des öffentlichen Raums wird zu einem immer größer werdenden Problem. Mit den neuen Mitteln soll gemeinsam mit den kommunalen Abfall- und Stadtreinigungsbetrieben ein landesweites Programme zur Sauberhaltung der Städte und zur Müllvermeidung initiiert und unterstützt werden.</p>		2019	2018	von	570.000 Euro	570.000 Euro	um	100.000 Euro		auf	670.000 Euro		<p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>SPD</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">Enth.</td> </tr> <tr> <td>AfD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> </table>	CDU	nein	SPD	ja	FDP	nein	GRÜNE	Enth.	AfD	nein
	2019	2018																							
von	570.000 Euro	570.000 Euro																							
um	100.000 Euro																								
auf	670.000 Euro																								
CDU	nein																								
SPD	ja																								
FDP	nein																								
GRÜNE	Enth.																								
AfD	nein																								

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 10
zum Haushaltsgesetz 2019**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des An- trags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstim- mungsergebnis																						
10	CDU FDP	<p>Kapitel 10 040 Verbraucherschutz Titelgruppe Titel 686 10 Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland Ver- braucherverbände</p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 20%;">2019</td> <td style="width: 40%;"></td> <td style="width: 40%; text-align: right;">Ansatz lt. HH 2018</td> </tr> <tr> <td>von 2.900.000 Euro</td> <td></td> <td style="text-align: right;">2.900.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um 150.000 Euro</td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf 3.050.000 Euro</td> <td></td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung: Förderung Verbraucherzentrale NRW e.V.</p> <p>Verbraucherinnen und Verbrauchern fällt es zunehmend schwer, bei Flugausfällen oder -verspätungen ihre Ansprüche gegenüber den Fluggesellschaften durchzusetzen. Ein Grund hierfür ist, dass Fluggesellschaften ihre Kundinnen und Kunden oft nicht ausreichend über ihre Rechte und Ansprüche informieren. In zahlreichen Fällen erfolgen die Auszahlungen der fälligen Entschädigungszahlen durch die Airlines nicht reibungslos. Betroffene werden hingehalten, Ansprüche werden nicht reguliert. In diesem Bereich haben sich einige private Anbieter zur Rechtsdurchsetzung etabliert. Nach erfolgreicher Rechtsdurchsetzung stehen Verbraucherinnen und Verbraucher finanziell jedoch schlechter, da sie hierfür einen Teil ihres Entschädigungsanspruchs abtreten müssen.</p>	2019		Ansatz lt. HH 2018	von 2.900.000 Euro		2.900.000 Euro	um 150.000 Euro			auf 3.050.000 Euro			<p>einstimmig angenommen</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 80%;">CDU</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>SPD</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>AfD</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> </table>	CDU	ja	SPD	ja	FDP	ja	GRÜNE	ja	AfD	ja
2019		Ansatz lt. HH 2018																							
von 2.900.000 Euro		2.900.000 Euro																							
um 150.000 Euro																									
auf 3.050.000 Euro																									
CDU	ja																								
SPD	ja																								
FDP	ja																								
GRÜNE	ja																								
AfD	ja																								

		<p>Vor dem Hintergrund der schlechten Informationslage ist die Entwicklung einer „Fluggastrechte-App“ ein Schritt in die richtige Richtung. Die Verbraucherzentrale hat in ähnlichen Bereichen bereits sehr gute Erfahrungen gemacht. Durch Information über Fluggastrechte, einfache Bedienung und digitale Geltendmachung von Entschädigungszahlungen stärken wir Verbraucherrechte. Neben der Information wird hierdurch der Druck auf die Unternehmen zur Auszahlung der Entschädigungen erhöht.</p>	
--	--	--	--

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 10
zum Haushaltsgesetz 2019
Sachhaushalt**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion	Antrag	Abstimmungsergebnis																						
11	SPD	<p>Kapitel 10 060 Klimaschutz, Immissionsschutz, Umwelt und Gesundheit; Gentechnik</p> <p>Titelgruppe 65 Klimamaßnahmen</p> <p>Titel 633 65 Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td></td> <td style="text-align: center;">2019</td> <td style="text-align: center;">2018</td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">617.300 Euro</td> <td style="text-align: right;">617.300 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">400.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">1 017.300 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung: Die Mittel sollen den Kommunen helfen bei anstehenden Hitzeperioden die Bürger vor den Auswirkungen der Hitzebelastungen (Hitzeinseln) zu schützen. Dabei sollen insbesondere Maßnahmen</p> <ul style="list-style-type: none"> • zur Dachbegrünung, • der Erhaltung des städtischen Grüns und • der Erforschung von Maßnahmen zur Verbesserung der Luftzirkulation (Kaltluftschneisen) in Großstädten <p>finanziert werden.</p>		2019	2018	von	617.300 Euro	617.300 Euro	um	400.000 Euro		auf	1 017.300 Euro		<p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>SPD</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">Enth.</td> </tr> <tr> <td>AfD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> </table>	CDU	nein	SPD	ja	FDP	nein	GRÜNE	Enth.	AfD	nein
	2019	2018																							
von	617.300 Euro	617.300 Euro																							
um	400.000 Euro																								
auf	1 017.300 Euro																								
CDU	nein																								
SPD	ja																								
FDP	nein																								
GRÜNE	Enth.																								
AfD	nein																								

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 10
zum Haushaltsgesetz 2019**

Sachhaushalt

Anlage zu Vorlage 17/xxx

Ifd. Nr. des An- trags	Antrag der Frak- tion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
12	GRÜNE	<p>Kapitel 10 060</p> <p>Titelgruppen 77</p> <p>Titel 686 77 332</p> <p style="text-align: center;">Klimaschutz, Immissionsschutz, Umwelt und Gesundheit, Gentechnik</p> <p style="text-align: center;">Umweltbildungseinrichtungen und Bildung für nachhaltige Entwicklung</p> <p style="text-align: center;">Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland</p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <p>2019</p> <p>von 1.800.000 Euro</p> <p>um 1.000.000 Euro</p> <p>auf 2.800.000 Euro</p> <p style="text-align: right;">Ansatz lt. HH 2018</p> <p style="text-align: right;">900.000 Euro</p> <p>Begründung: Das Projekt Bildung für nachhaltige Entwicklung unterstützt Menschen dabei, Schlussfolgerungen über ökologische, ökonomische und soziale Entwicklungen im globalen Kontext zu betrachten. Das Projekt BNE ergänzt demnach die klassische Umweltbildung und hilft Gerechtigkeitsempfinden und Umweltbewusstsein miteinander zu verknüpfen. Die Aufstockung um 1.000.000 EUR fördert die Entwicklung verschiedener Aktivitäten und eine Erhöhung der Anzahl Einrichtungen, die</p>	<p>abgelehnt</p> <p>CDU nein</p> <p>SPD Enth.</p> <p>FDP nein</p> <p>GRÜNE ja</p> <p>AFD nein</p>

		Förderungen beziehen. Deckung durch Antrag zu Titel 537 11 531 (Wildschweinbejagung).	
--	--	--	--